

Vertigung gegeben wird. Durch Bodendruck zum Preisabbau...
also! Aber nicht so, daß der Arbeiter allein die Kosten des
Preisabbaues bezahlt, nicht so, daß der Preisabbau nur in
soweit erfolgt, wie sich durch die niedrigen Preise die Ver-
schlingungsrisiken vermindern. Das wäre nicht nur eine schreckliche
soziale Ungerechtigkeits, sondern das wäre auch ein völlig un-
zulänglicher Preisabbau, wenn es bei dem Egoismus und dem
Wohlfühlstreben, die die Haupttriebfeder jeder Wirtschaft
sind, überhand dazu kommt und nicht der verringerte Lohn-
anteil als ein höherer Profit einfach verschwindet. Der Lohn-
abbau muß vielmehr zu einem scharfen Kampfmittel werden,
er muß durch seine nahezu völlige Aushebung der Kaufkraft
zu einer schweren und gewollten Abwärtsreise führen, w. an
andere er überhaupt einen Sinn haben soll. Diese Abwärts-
reise kann kein gewollter Dauerzustand sein, denn er käme
einem Selbstmord der Wirtschaft gleich. Ist aber diese bis
zur Grenze der existenzfähigsten des Einzelnen verminderte
Kaufkraft der Waffe ein wirtschaftspolitisches Kampfmittel,
um durch eine schwere Abwärtsreise zu dem durchreisenden
Preisabbau zu kommen, den die Wirtschaft braucht, so liegt
darauf eine gewisse Rechtfertigung für die augenblickliche Not,
die sie nur die arbeitende Masse im Gefolge hat.

Bergwärts hat man bisher versucht, die hohen Inlands-
preise auf ein für die Volkswirtschaft tragbares Maß zu
senken, und vielleicht hätte hier durch eine energischer und
radikalere Preispolitik der Regierung schon mehr ge-
schrieben können. Sie hat auf dem Lebensmittelmarkt bereits
viele Erfolge erzielt, im übrigen ist bisher fast nur das Ver-
schwinden des Geldwertungsrisikos aus der Kalkulation er-
reicht worden. Der stärkere Preisabbau auf dem Lebens-
mittelmarkt aber ging zum ganz überwiegenden Teil auf
Kosten der Landwirtschaft, deren Produkte sich heute sämtlich
auf dem Weltmarkt befinden oder sogar, wie besonders bei dem Ge-
treide, erheblich darunter bewegen. Das gibt selbst der „Vor-
wärts“ zu. Man muß sogar noch viel weitergehen und fest-
stellen, daß die Preise für landwirtschaftliche Produkte, nicht
zuletzt infolge der Einfuhr von ausländischem Mehl aus
Amerika, der Tschecho-Slowakei und auch aus Frankreich, de-
rart niedrig sind, daß sie schwere Gefahren für die Landwirt-
schaft mit sich bringen, da die Landwirtschaft für ihre Produkte
im allgemeinen keine Friedenspreise bekommt, für alle Pro-
duktionsmittel und Anschaffungen aber das Zwei- bis Drei-
fache des Friedenspreises bezahlen muß. Die Gerechtigkeit ge-
fordert, das ebenfalls festzustellen, wie die Preisereisen auf dem
Weltmarkt Viehmarkt, wo trotz des überreichlichen Angebots
durch die Landwirtschaft der Auftrieb künstlich vermindert
wird, um die Preise hochzuhalten oder sogar noch höher-
zuheben. Nimmt man die Tatsache hinzu, die man nur mit
Entzweiung lesen konnte, daß vor den Verhandlungen der
Berliner Handelspolitik mit den einzelnen Verbänden Ge-
heimverträge für Kaffee, Tee, Kakao von 42, für fast alle
anderen Lebensmittel von 25 bis 30 Prozent und mehr be-
stehen, die auf den Friedensstand von 10 bis 15 Prozent zu
drücken noch keineswegs gelungen ist, so bekommt man einen
Eindruck in die Tatsache, daß in unserer Wirtschaft, in unserem
Handel und Land nicht die gesunden Grundzüge des Friedens-
beruhend, das der Inflationseffekt noch immer alles vor sich
unheimliches Krummen treibt. Was das daran liegen, daß das
im Krieg und in der Nachkriegszeit aus dem Boden ge-
schossene Inflationsrisiko noch an zu vielen Stellen des deutschen
Wirtschaftslebens eingeschaltet ist, so heißt doch so viel sei, daß
weder die Produktion noch der Handel das Recht haben, in der

verarmten Volkswirtschaft auch nur Friedensgewinne zu er-
zielen. Sie werden ebenso an der allgemeinen Verarmung
fragen müssen wie jeder einzelne Volkswirtschaftler. Der Ein-
wand, daß sich Produktion und Handel durch ihre großen
Kartelle und Verbände vor einer Verminderung ihres Profits
zu schützen wissen werden, hat heute bereits viel von seiner
Berechtigung verloren, denn die Mächtigkeits der Kartelle ist vor-
über und die Merkmale einer Auflösung oder zum mindesten
einer harten Forderung industrieller Organisationen hat be-
reits einen hohen Grad erreicht. Die jüngst erlassene Kartell-
verordnung mit ihrem Schuß der Außenleiter und Miß-
vergütungen wird das übrige tun, in dem großen Kämpfen
die Selbsthaltungsnötwendigkeit in den Vordergrund zu
schieben. In der Industrie ist die Tendenz zum Preisabbau
bereits unverkennbar, das zeigt die erhebliche Senkung der
Kohlen- und Eisenpreise unter der Einwirkung der Wehr-
arbeit. Da im übrigen die Auslandskontingente als
weiteres Druckmittel infolge des Mangels an Devisen nicht
so in Erscheinung treten kann, wie auf dem Lebensmittelmarkt
wo Einfuhrbeschränkungen zur Verfügung gestellt werden, so bleibt
als letzte aber wirksamste Waffe die gewaltige Verringerung
der Kaufkraft der Masse und damit die Abwärtsreise, die be-
sonders wirksam werden muß infolge des großen Geldbedarfes
aller Arten von Unternehmungen für die weitere Finanzier-
ung und die zirkulierenden Steuern. Die niedrigen Preise
sowie das Angebot an Devisen sprechen bereits eine be-
deutende Sprache für den Geldbedarf der Wirtschaft, die es heute
noch zu vermeiden sucht, teuer produzierte oder einkaufte
Waren zu erheblich niedrigeren Preisen abzugeben, dafür aber
Effekten und Devisen veräußert. Der Boden für die Wirksam-
keit einer Abwärtsreise als Zwangsmaßnahme ist darum durch-
aus bereitet.

Durch die rasche Volkswirtschaft zum Preisabbau und damit
zur Exportfähigkeit! Nur im Hinblick auf dieses große volks-
wirtschaftliche Ziel kann die augenblickliche harte und grau-
same Lohnpolitik einen Sinn haben, läßt sich das Maß von
Entbehrung und Not rechtfertigen, kann man der in der Er-
bitterung und Wut der Arbeiter und der in der Gefahr ver-
stärkter Klassenkampfes liegenden Gefahr verlässlicher Ein-
stellungen entgegenstellen. Im übrigen wird man sich vor Augen halten müssen,
daß man in einer verarmten Wirtschaft nicht lediglich von
dem Gesichtspunkt des Existenzminimums an die Frage der
Lohnhöhe heranzutreten kann, sondern daß in erster Linie eine
Erhöhung des Einkommens durch persönliche Qualitäten und
Mehrpfeilung erreicht werden muß. Das gilt sowohl für den
Arbeiter und Angestellten wie in diesem Maße für den
Produzenten und Kaufmann, der nicht bei verarmtem Um-
satz durch Preisverhäufung höhere Gewinne als im Frieden
haben kann, sondern der sein Augenmerk auf die Steigerung
des Umsatzes richten muß. Ob das große Ziel der Aktivierung
der deutschen Wirtschaft erreicht wird, hängt davon ab, ob es
gelingt, den Inflationseffekt zu überwinden und das existenz-
politische Risiko durch das geringere durch die Rentabilitätswir-
ksamkeit abzuwehren. Das heißt, daß das deutsche Volk in diesem Kampf um die Kontinuitätswirtschaft
bringt, ist gewaltig groß, aber wir dürfen nicht vergessen, daß es
für die deutsche Wirtschaft und damit auch für die Arbeiter-
schaft eine Lebensfrage ist, daß die riesige Krise des Augen-
blicks auch wirklich zur Sanierungsfrage wird. Um den Erfolg
dieser Sanierungsfrage, an der Arbeit und Kapital in gleichem
Maße tragen müssen, darf das deutsche Volk nicht betrogen
werden.

Die Neuregelung des Steuerabzuges.

Berlin, 22. Dez. Durch die zweite Steuerreform-
ordnung sind die Bestimmungen über den Steuerabzug
vom Arbeitslohn mit Wirkung vom 1. Januar 1924 an in
den wesentlichen Punkten geändert worden. Bisher waren
vom gesamten Lohnbetrag 10 v. H. abzüglich fester Kapital-
markenabzügen nach dem Familienstande und dem so-
genannten Abzugskontingente als Steuer einzu-
halten. Künftig dagegen bleibt ohne Rücksicht auf den
Familienstand des Arbeiters und die Höhe des Arbeitslohnes
ein bestimmter Teil des Lohnes, nämlich bei Zahlung des
Arbeitslohnes für volle Monate 30 Goldmark monatlich, für
volle Wochen 12 Goldmark wöchentlich, für volle Arbeitstage
2 Goldmark täglich, für kürzeren Zeitraum 50 Goldpennig
für je zwei angefangene oder volle Arbeitstage vom
Steuerabzug frei. Dieser sogenannte „freie Lohnbetrag“ tritt
an die Stelle der bisherigen Ermäßigung. Für den Arbeit-
nehmer selbst und für Werbungskosten von dem den Steuer-
freien Lohnbetrag übersteigenden Teil des Arbeitslohnes,
so von dem Ueberflusse, sind bei jeder Lohnzahlung bei
einem Ledigen oder kinderlos verwitweten Arbeitnehmer
10 Proz., bei einem verheirateten Arbeitnehmer ohne Kinder
9 Proz., mit einem Kind 8 Proz., mit zwei Kindern 7 Proz.,
mit drei Kindern 6 Proz., mit vier Kindern 5 Proz., mit
jeweils weiteren minderjährigen Kindern 1 Proz. weniger
einzuhalten. Bei einem ledigen Arbeitnehmer von 38 M.
50 Pf. Wochenlohn, so beträgt der Steuerabzug von 38 M.
= 380 Pf., bei einem verheirateten Arbeitnehmer mit zwei
minderjährigen Kindern 70 M. Wochenlohn, so beträgt der
Steuerabzug 7 Proz. von 38 M. = 140 Pf.

Alle Arbeitgeber mit Ausnahme derjenigen, die zu Beginn
des Kalenderjahres 1924 nicht mehr als drei Arbeitnehmer be-
schäftigen, haben die eingehaltenen Beträge in der Regel durch
Überweisung an die Finanzkasse abzuführen, und zwar je-
weils für eine Monatsperiode, spätestens bis zum fünften Tage
nach dem Ablauf der Periode. So sind zum Beispiel die in
der Zeit vom 21. bis 31. Januar 1924 eingehaltenen Beträge
spätestens bis 5. Februar abzuführen. Bisher hatten die
Arbeitgeber regelmäßig vierteljährliche Ueberweisungs-
Nachweisungen und Zusammenstellungen über den Steuer-
abzug des abgelaufenen Kalenderzeitraumes auszufertigen.
Diese Verpflichtung fällt jetzt weg. Alle Einzel-
heiten der Neuregelung sind in einem Merkblatt aus-
geführt, das demnach bei den Finanzämtern unentgeltlich
abgehoben werden kann.

Das Gesetz über die Bekämpfung der Betrübe tritt am
1. Januar 1924 außer Kraft. Die Arbeitgeberabgabe ist dem-
nach legitim am 27. Dezember für die Zeit vom 1. bis
30. Dezember 1923 zu entrichten.

Geheimerle Vereinigungsbeschlüsse in der Beamenschaft.

(Erdbeimeldung unserer Berliner Schriftleitung.)
Berlin, 22. Dez. Die Beschlüsse, welche die Bekämpfung
und Gleichstellung des Vorgehens eine Vereinigung des
Deutschen Beamtenbundes und des sozialistisch eingestellten
Allgemeinen Deutschen Beamtenbundes herbeizuführen, haben
sich verschlagen. Zwischen dem Allgemeinen Deutschen
Beamtenbund und den sozialdemokratischen Spitzenorganisa-
tionen besteht ein sogenannter Organisationsvertrag,
der den Allgemeinen Deutschen Beamtenbund verpflichtet, in
maßgebenden tatsächlichen Fragen sich der Entscheidung der frei-
werkschaftlichen Spitzenorganisationen unterzuordnen. Der
Allgemeine Deutsche Beamtenbund verlangt von dem politi-
sch unabhängigen Deutschen Beamtenbund, daß er diesen
Vertrag mit den Gewerkschaften anerkenne, was der Deutsche
Beamtenbund jedoch ablehnt.

Vor einer Beilegung des Zwischenfalls zwischen Herzien und Krankenkassen.

Berlin, 21. Dez. Nach der Verhandlung über die Bil-
dung des Reichsausschusses erörterten unter dem Vorsitz des
Reichsarbeitsministers die Spitzenverbände der Kranken-
kassen und die Ärzte eingehend und sachlich die Voraus-
setzungen zur Beendigung des vertrackten Zwischenfalls.
Dabei wurde Einigung über folgende Punkte
erzielt: Weidertlicher Vertrag auf Neuregelung, Abnahme
der aus Anlaß des Vertragsstößen Zukunfts abhängigen
Nachschulungskosten. Wegen Ueberbreitung der Mittel-
gebühren ist Verhandlung in Aussicht gestellt. Die Vertreter
der Krankenkassen werden spätestens bis 30. Dezember die Ent-
scheidung ihrer Mitglieder wegen Wiederherstellung der frühe-
ren Beiträge vorzubringen. Bis dahin werden die Ver-
sicherten in besonders schwierigen wirtschaftlichen Verhält-
nissen bei Bemessung der Gebühren angemessen berücksichtigt.
Beide Teile unterlassen auch Maßnahmen, die auf eine Ver-
schärfung der Lage hinauslaufen können. (B. L. B.)

Die Löhne im Kohlenberaub.

Berlin, 21. Dez. Die Löhne im Kohlenberaub
des unbesetzten Gebietes vom 17. bis 31. d. M. sind durch einen
Schlichtungsbescheid des Reichsarbeitsministeriums eingeleitet
Schlichtungsausschusses wie folgt festgelegt worden: Für Ober-
schichten auf 3 Goldmark je Schicht, für Rieberschichten auf 2,50
Goldmark, für Mittel- und Unterschichten (Kernreviere) 2,00 Goldmark.
Hierzu tritt für die einzelnen Reviere für jede in der vor-
erwähnten Zeit verarbeitete Schicht eine Teuerungszu-
sätze von 735 bis 900 Millionen. In den Revieren, in
denen bereits Ueberarbeit geleistet wird, tritt zu dem Gold-
lohn und der Teuerungszulage ein Zuschlag von einem
Zehntel für Arbeiter unter Tage, und von einem Viertel für
die über Tage beschäftigten soweit sie unmittelbar mit der
Kohlenförderung zu tun haben.

Der Bombenanschlag in Hannover.

(Erdbeimeldung unserer Berliner Schriftleitung.)
Berlin, 22. Dez. Zu dem Bombenanschlag auf den ehe-
maligen Reichswehrminister Rodde, der dem Anschlag nach
von linksradikaler Seite ausgegangen ist, bei der
sich Rodde durch seine Tätigkeit als Reichswehrminister über-
aus unbedeutend gemacht hatte, wird aus Hannover noch be-
richtet, daß der Luftdruck, den die Explosivstoffe verursachten,
so stark war, daß die benachbarten Häuser und Wohnungs-
einrichtungen bedient. Der Sprengkörper, dessen Art sich ein-
wandfrei noch nicht feststellen ließ, wirkte so stark, daß an der
dem Anschlag gegenüberliegenden Seite des Regierungsgebäudes
kaum eine Fensterscheibe ganz geblieben ist. Fenster und Tür-
rahmen wurden aus der Fassung gerissen und einzelne Teile
weit fortgeschleudert. Telegraphen- und Telephon-
drähte wurden zerrissen. Im Innern des Regierungs-
gebäudes herrschte nach der Explosion ein wirres Durchein-
ander. Der Fußboden der einzelnen Bureau Räume war
von Glassplittern überfüllt, ebenso die Schreibtische. Die
Fenstervorhänge hing in Fetzen herunter. Besonders arg
mitgenommen waren die Räume, die über der Explosionsstelle
lagen. Als die Entladung erfolgte, war nur noch eine kleine
Zahl von Beamten in den Diensträumen tätig. Durch den
starken Luftdruck wurden sie fast sämtlich von ihren
Stühlen zu Boden geschleudert. Zum Glück sind
Opfer an Menschenleben nicht zu beklagen. Jedoch erlitten
verschiedene Beamte durch Glassplitter mehr oder weniger
starke Schnittwunden. Der durch die Explosion angerichtete
Schaden ist groß.

Weihnachtsradiofunk des Reichskanzlers.

Berlin, 22. Dez. Der neusten in Deutschland sich
verbreitenden technischen Erfindung, des Radiofunk,
wird sich am Nachmittage des ersten Weihnachtstages auch
der deutsche Reichskanzler bedienen, um so ganz unmittelbar
auf In- und Ausland durch eine kurze politische Weh-
nachtsfeier zu wirken zu können, die besonders hin-
weisen wird auf das graue Gesicht, das weiten Kreisen
des deutschen Volkes ein so trübes Bild bereitet hat. Nach
ihm wird ein Abgeordneter der an der gegenwärtigen
Koalition beteiligten Parteien das Wort ergreifen. Es werden
sprechen der Reichsminister a. D. Dr. Schuler für die Volkspartei,
Abg. Dr. Fleischer für das Zentrum und Abg.
Erfenberg für die Demokraten.

Hochverräter Matthes als Zeuge in Düsseldorf.

Der Franzosenprozess gegen die Schupo.

Düsseldorf, 22. Dez. In der gestrigen Verhandlung des
Schupo-Prozesses erklärte der Separatistenführer Matthes, er
hätte eine Propaganda mit ein paar größeren politischen
Versammlungen in Bonn, Aachen, Düsseldorf usw. beendigt
wollen. In einigen Städten seien die Teilnehmer an diesen
Versammlungen unerwartet überfallen worden. Darum
sei der sogenannte Selbstschutz gebildet worden. Zum
Rheinischen Tage in Düsseldorf habe er als zu einer unbedingt
friedlichen Kundgebung aufgerufen. Es sei an seine
Gewalt gedacht gewesen. Jeder muß, Mörder mit Freuden!
Nieder mit Berlin! sei ihm vorgeschrien worden.

Die Verteidigung überreichte hierauf dem Gericht ein auf
dem Hindenburgwall aufgefundenen Notizbuch eines Mit-
gliedes des Selbstschutzes, in dem dieses sich seine Instruk-
tionen eingetragen hatte, und trug den Zeugen Matthes:
Kannst du die Instruktion, die in diesem Buch eingetragen
ist, woran keine Schreckschüsse, sondern scharfe Schüsse ab-
gegeben werden sollten? Matthes erwiderte: Ich höre
das zum ersten Male. Der Verteidiger fragte: Hasten
Sie dem Rheinischen Tage die Erlaubnis gegeben, Waffen zu
tragen? Matthes antwortete: Ich hatte mit dem Rhein-
ischen Tage nichts zu tun. Ich hatte für Düsseldorf nur die Sicher-
heit zu garantieren. Ueber sein Ziel befragt, das er mit der
Ankündigung vom 30. September verstoß habe, führte
Matthes aus: Acht Tage vorher hatte man in der Düssel-
dorfer Presse geäußert: Separatisten gibt es nicht; es gibt
nur ein kleines Düsseldorf. Ich wollte nur dem In-
und Ausland zeigen, daß wir eine Waffe sind, und daß
es eine Rheinlandsfrage gibt. Auf weitere Fragen nach
Matthes an, daß er in Würzburg geboren sei und 15 Jahre
im Rheinland gewohnt habe. Er sei also ein Rheinfranke.
In seinem Bureau sei bis zu seinem Weggang nach Koblenz
bestimmt kein Waffenslager gewesen. Was später ge-
schahen sei, wisse er nicht, habe es auch nachher nicht erfahren.
Dann war die Vernehmung von Matthes beendet, die über
eine Stunde dauerte. (B. L. B.)

Besprechung der rheinischen politischen Parteien mit der Reichsregierung.

Berlin, 22. Dez. Die Vorsitzenden der rheini-
schen politischen Parteien haben sich auf Einladung
der Reichsregierung nach Berlin begeben, um über die Mit-
wirkung der finanziellen Lage des Reiches auf die Zustände
in den besetzten Gebieten zu beraten. Es soll sich vor allem
um die Zieldung des Reiches zu den Vorschlägen auf die
Bezugslohnkosten handeln.

Besuch deutscher Grenzschiffsbeauftragter im Sejmungs zu Böhmen.

Berlin, 22. Dez. Im besonderen Auftrage des Aus-
wärtigen Amtes und mit Einwilligung der belgischen Regie-
rung hat ein deutscher Beamter der deutschen Seemannschaft
in Brüssel die im Gefängnis zu Böhmen befindlichen zehn deutschen
Zaunangehörigen besucht. Es handelt sich um Deutsche,
die aus Anlaß des Ruhrkonflikts von belgischen Kriegs-
gerichten verurteilt worden sind, und um die angeklagten Ur-
heber der Erschießung des belgischen Postboten Graf. Von
dem Ergebnis des Besuchs sind die Angehörigen bereits vom
Auswärtigen Amt verständigt worden. (B. L. B.)

Spanien, Italien und die Langerfrage.

(Wiener Telegraphenbericht der „Dresdner Nachrichten“.)
Madrid, 22. Dez. Der spanische Presse wurde im An-
schluß an die Mitteilung von der Unterzeichnung des Langer-
Abkommens durch eine Note der Regierung bekanntgegeben,
daß die spanischen Vertreter dieses Abkommens nur auf reform-
unterzeichnet haben, und der Regierung für weitere
Verhandlungen und neue Bedingungen freie Hand gelassen
ist. In der Note kommt zum Ausdruck, daß Spanien zwar
seine eigentlichen Ziele nicht verwirklichen konnte, aber
immer noch hofft, gewisse Vorteile zu erlangen. Dieser
spanische Punkt scheint sich besonders auf die Verteilung der
für öffentliche Arbeiten im Hafen von Tanger notwendigen
Kapitalien zu beziehen. In politischen Kreisen glaubt man,
die Haltung Spaniens und die von ihm gemachten Vorbehalte
mit der neuen spanisch-italienischen Annäherungspolitik in
Zusammenhang bringen zu können.

Die republikanische Bewegung in Griechenland.

London, 22. Dez. Der Korrespondent der „Daily Express“
in Athen teilt mit, daß Oberst Plakaris, der Führer der
griechischen revolutionären Regierung, erklärt habe, die neuen
Mitglieder der Regierung würden den Treueid nicht dem
König, sondern der Nation leisten. Er fügte hinzu, er sei
davon überzeugt, daß Griechenland von einer republi-
kanischen Regierung geleitet werden müßte.

Venizelos soll zurückkehren.

(Wiener Telegraphenbericht der „Dresdner Nachrichten“.)
London, 22. Dez. Einer Meldung aus Athen zufolge hat
sich gestern eine aus elf Personen bestehende Delegation von
Athen nach Paris begeben, um Venizelos aufzu-
fordern, sofort nach Griechenland zurückzukehren.

Die Verringerung der bayrischen Ministerien.

Berminderung der Abgeordnetenzahl.

München, 22. Dez. Die Verminderung der Zahl
der bayrischen Ministerien soll sich in der Weise
vollziehen, daß es künftig nur ein Ministerium des Inneren,
des Innern, der Justiz, der Finanzen und des Kultus geben
wird. Die nach dem Abtritte geschaffenen drei Ministerien für
Landwirtschaft, soziale Fürsorge, sowie für Handel und Gewer-
be sollen wieder aufgehoben werden und als Abteilungen
der Ministerien des Inneren und des Innern geführt
werden, wie es bis zur Revolution der Fall war. Die Zahl
der Abgeordneten soll so stark reduziert werden,
daß der Landtag künftig fast 100 nur noch 80 bis allerhöchstens
100 Mitglieder zählt. Eine Vorlage wird erst nach Neuwahl
an den Landtag kommen. Der Verfassungsausschuß
des bayrischen Landtages hat seine nächste Sitzung auf den
2. Januar einberufen.

Verbot des bayrischen Organs „Bayern und Reich“

München, 22. Dez. Bayern und Reich, das
Organ des gleichnamigen Bundes, ist vom Generalstaatskom-
missar v. Kahr bis 31. Dezember wegen eines Artikels ver-
boten worden, der Regierung und Parlament heftig angriff.

Zum Attentat gegen Dr. v. Kahr.

Berlin, 22. Dez. In dem Attentat gegen Dr. v. Kahr
wird noch mitgeteilt, daß ein Komplott nicht vorliegt.
Auch Baurzel selbst erklärt, daß er die Tat allein ausführen
wollte. Eine Waffe hätte er sich noch nicht verschafft.
Baurzel, der am Anfang der vergangenen Jahre recht be-
zeichnet sich angeblich als Nationalsozialist. Er war erst vor

acht Tagen nach München gekommen. Seine Verhaftung er-
folgte in einer Gaststätte. Nach polizeilicher Feststellung war
Baurzel zur Zeit des passiven Widerstandes im Ruhrgebiet bei
der Eisenbahn für die Franzosen tätig.

Massenverhaftungen von Silberleuten.

Ludendorff und Hitler werden wesentlich schärfer bemacht,
als bisher.

(Erdbeimeldung unserer Berliner Schriftleitung.)
Berlin, 22. Dez. Aus München wird berichtet, daß in den
letzten Tagen eine wesentliche Verschärfung der
Ueberwachung eingetreten sei, in der sich General
Ludendorff in seiner Wohnung in Ludwigshöhe bei
München befindet. Eine Anzahl Besucher, die den General
zu sprechen versuchten, seien von Kriminalbeamten festgehalten
und dem Münchner Polizeipräsidenten zugeführt worden.
Ueber die Gründe, die zu verstärkter Ueberwachung Luden-
dorffs geführt haben, wird u. a. angegeben, daß in den natio-
nallystischen Kreisen nach der letzten Besichtigung des
General a. Kahr, der vor einer neuen Bewegung öffentlich
warte, eine lebhaftere Tätigkeit eingeleitet habe, die sich
vor allem in der Verteilung von Nachrichten und Gerüchten,
die General v. Kahr schalten sollten, äußerte. In den letzten
Tagen seien in München und in anderen Städten Massen-
verhaftungen von Silberleuten vorgenommen
worden. Auch Hitler werde im Gefängnis auf das strengste
überwacht, weil befürchtet wird, daß von seinen Anhänger
eine Aktion zu seinen und Ludendorffs Gunsten versucht
werden könnte.